

Herbert Brückmann

Steuerliche
Optimierungsstrategien für die
Generationenfolge bei
Unternehmerfamilien

B51042

Juristische Gesamtbibliothek
der Technischen Hochschule
Darmstadt



PETER LANG

Frankfurt am Main · Bern · New York · Paris

STEUERLICHE OPTIMIERUNGSSTRATEGIEN FÜR DIE GENERATIONENFOLGE BEI UNTERNEHMERFAMILIEN

	Seite
Vorwort	5
Abkürzungsverzeichnis	13
Einleitung: Die Generationenfolge in der Unternehmerfamilie als betriebswirtschaftliches, zivilrechtliches und steuerliches Problem	15
1. Allgemeine betriebswirtschaftliche Grundlagen einer steueroptimalen Übertragung von Familienunternehmungen	23
1.1. Begriffsklärungen mit Themenabgrenzung	23
1.1.1. Die Generationenfolge in der Unternehmerfamilie	23
1.1.2. Steuerliche Optimierungsstrategien	26
1.2. Das steuerliche Entscheidungsproblem bei der Übertragung von Familienunternehmungen	27
1.2.1. Die Übertragung einer Familienunternehmung im unternehmerischen Zielsystem	27
1.2.2. Der Planungshorizont	36
1.2.3. Das Entscheidungsfeld bei der Optimierung der Übertragung von Familienunternehmungen	39
1.3. Die Berücksichtigung mehrwertiger Erwartungen bei Entschei- dungen im Rahmen der unternehmerischen Nachfolgeplanung	42
1.3.1. Begriffliche Grundlagen	42
1.3.2. Wesentliche praktische Unsicherheiten bei Optimierungs- strategien für die Übertragung von Familienunternehmungen	44
1.3.3. Die Berücksichtigung entscheidungsimmanenter Risiken bei der Konzeption und der Realisierung von Übertragungsstrategien	47
a) Entscheidungen über Informationsbeschaffung	47
b) Sachentscheidungen bei gegebenem Informationsstand	49
aa) Die Veränderung der steuerpolitischen Ziele durch die Berücksichtigung von Risikopräferenzen	49

	Seite
bb) Die Berücksichtigung der Unsicherheit im Rahmen der Ergebnisfunktion	50
cc) Die Berücksichtigung der Unsicherheit im Rahmen des Strategienraums	51
cc1) Revolvierende Planung	51
cc2) Die Aufnahme reversibler Strategie- n in den Strategienraum	53
dd) Abwälzung von Risiken auf Dritte	56
1.4. Die Unterstützung der unternehmerischen Nachfolge- planung durch Aussagen der betriebswirtschaftlichen Steuerlehre	57
1.4.1. Anforderungen an steuerpolitische Entschei- dungshilfen	57
1.4.2. Die Eignung grundlegender Konzepte der betriebswirtschaftlichen Steuerlehre zur Erar- beitung und Bewertung von Übertragungs- strategien für Familienunternehmen	58
a) Deskriptive Modelle	59
b) Optimierungsmodelle	65
1.4.3 In der weiteren Untersuchung verfolgter Lösungsansatz	65
2. Die Übertragung der Familienunternehmung auf die Nachfolge- generation durch erb- und schenkungsrechtliche Maßnahmen	69
2.1. Gestaltung und steuerrechtliche Qualifikation des zu übertragenden Vermögens	69
2.1.1. Die Rechtsform der gewerblichen Familienunternehmung	70
a) Die Rechtsform der Unternehmung als Schnittstelle zwischen laufender Unternehmenspolitik und Nachfolgepolitik	70
aa) Bedeutung der Rechtsform ohne Berücksichtigung der Besteuerung	71
aa1) Konstitutive Entscheidung ohne Zusammen- hang mit der Nachfolgepolitik	71
aa2) Bedeutung der Rechtsform für die Nachfolgepolitik	73

bb) Steuerliche Kriterien der Rechtsformentscheidung ohne Berücksichtigung von Nachfolgeproblemen	79
b) Die Rechtsform der Familienunternehmung als Instrument der steuerorientierten Nachfolgepolitik	86
aa) Unterschiedliche erbschaftsteuerliche Bewertung von Betriebsvermögen und Kapitalvermögen	86
aa1) Das Stuttgarter Verfahren als Schätzung des gemeinen Wertes im Vergleich zur Einheits- bewertung des Betriebsvermögens	87
aa2) Der Einfluß der Gesellschafter- Fremdfinanzierung	97
bb) Die Stundungsmöglichkeit nach § 28 ErbStG	108
cc) Finanzierung von Erbschaftsteuerzahlungen und anderen privaten Zahlungen im Rahmen der Generationenfolge	110
dd) Die Gefahr ungeplanter steuerlicher Gewinn- realisierung bei Eintreten des Erbfalls oder bei Schenkungen	114
dd1) Gewinnrealisierung durch Erbteilung oder vorweggenommene Erbfolge?	114
dd2) Gewinnrealisierung durch Entnahmen	121
dd3) Gewinnrealisierung bei Wegfall der Voraus- setzungen einer Betriebsaufspaltung	126
c) Rechtsformentscheidungen im Rahmen der unternehmerischen Nachfolgeplanung	131
aa) Lang- und mittelfristige Entscheidungen	131
bb) Kurzfristige Entscheidungen	134

	Seite
2.1.2. Der Einsatz des Grundvermögens zur Minimierung der Erbschaftsteuerbelastung	139
a) Die Anerkennung des Grundstücks als Gegenstand der Zuwendung	140
b) Gemischte Schenkung und Auflagenschenkungen von Grundstücken	145
c) Steuerliche Nebenziele bei erbschaftsteuerlich veranlaßten Grundstücksübertragungen	152
aa) Vermeidung einer Qualifikation des übertragenen Grundvermögens als Betriebsvermögen	152
bb) Vermeidung von Umsatzsteuerbelastungen	154
2.2. Die zeitliche Aufteilung und Verteilung unentgeltlicher Vermögensübertragungen als Instrument steuerorientierter Nachfolgeplanung	160
2.2.1. Außererbschaftsteuerliche Gründe für das Vorziehen oder Hinauszögern unentgeltlicher Vermögensübertragungen	160
2.2.2. Erbschaftsteuergestaltung durch die zeitliche Aufteilung und Verteilung unentgeltlicher Vermögensübertragungen	169
a) Modelle zur quantitativen Ermittlung steueroptimaler Vorschenkungen	169
b) Erweiterungen und Alternativen	190
aa) Verlängerung des Planungszeitraums	190
bb) Erbschaftsteuerliche Wirkungen einer zeitlichen Auf- und Verteilung unentgeltlicher Zuwendungen über den Tarif-Splittingeffekt hinaus	201
cc) Berücksichtigung der Inhomogenität und der nichtkontinuierlichen Entwicklung des Familienvermögens	203

	Seite
2.3. Gestaltungen in Zusammenhang mit der erbschaftsteuerlichen Nichtberücksichtigung latenter Ertragsteuerbelastungen	207
2.3.1. Die Problematik des Zusammentreffens von Erbschaftsteuer und Ertragsteuern	207
2.3.2. Zur Auslegung und Wirkung von § 35 EStG	211
2.3.3. Gestaltungsmöglichkeiten zur Minderung einer steuerlichen Doppelbelastung	220
2.4. Die Beeinflussung der Steuerbelastung über die erb- und gesellschaftsrechtliche Gestaltung des Vermögensüberganges von Todes wegen	228
2.4.1. Die Problematik der Zuwendung erbschaftsteuerlich unterbewerteten Vermögens an eine Mehrheit von Empfängern	228
2.4.2. Einzelne erb- und gesellschaftsrechtliche Gestaltungen	238
a) Erb- und gesellschaftsrechtliche Vermögensverteilung ohne Beeinflussung der steuerrechtlichen Wertzurechnung	239
b) Maßnahmen zur Synchronisierung von zivilrechtlichem Vermögensanfall und steuerlicher Wertzurechnung	241
c) Zivilrechtliche Vermögensverteilung mit gegenläufiger steuerlicher Wertzurechnung	249
3. Zusammenfassung mit Hinweisen zur praktischen Realisierung von Übertragungsstrategien für Familienunternehmungen	253
Literaturverzeichnis	267